



**LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE** Hessen e.V.

Moselstraße 25
60329 Frankfurt/M.
Telefon: 069/2578280
FAX: 069/25782855
E-Mail: LAGSB@aol.com

PRESSEINFORMATION EINLADUNG

Freigabe: 5.11.03 sofort

Für aktuelle Rückfragen: 0171/6533372 (Reinhard Thies)

**Aktionstag der LAG Soziale Brennpunkte Hessen gegen
Kahlschlag am 8.11.2003 in Lollar
Sozialstaatssekretär Gerd Krämer (CDU) und Landtagsabgeordnete stellen
sich Fragen und Protest der BürgerInnen und Projekte aus ganz Hessen**

Die LAG Soziale Brennpunkte Hessen wird am , Samstag, dem 08.11.03, von 13.00 – 16.00 Uhr im Bürgerhaus Lollar, Holzmühlerweg 78 in Lollar einen hessenweiten BürgerInnaktionstag veranstalten.

Staatssekretär Gerd Krämer (Hessisches Sozialministerium/CDU) sowie die Landtagsabgeordneten Ilona Dörr (CDU), Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/ Die Grünen) werden mit den BürgerInnen diskutieren. Erwartet werden über 300 TeilnehmerInnen aus ganz Hessen, die mit Beiträgen und an Infoständen ihr Engagement für die benachteiligten Stadtteile vorstellen

Durch die Streichungen der Landesregierung steht die LAG als Landesberatungs- und Transferstelle nach dreissig Jahren vor dem Aus. Weitere 120 Projekten in Hessen allein in den Sozialen Brennpunkten und Armutsquartieren sind existentiell gefährdet.

Fördergelder für Angebote der Gemeinwesenarbeit, der lokalen Beschäftigung, der Zielgruppen- und Beratungsarbeit sind komplett auf null gesetzt. Dies bedeutet, dass über 6 Mio Euro Landesmittel für mehr Chancengleichheit und die Verbesserung der Lebensbedingungen in Sozialen Brennpunkten und Soziale-Stadt-Standorten verloren gehen.

Reinhard Thies, Geschäftsführer, Frankfurt/Main, den 5.11.03



**LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE** Hessen e.V.

Moselstraße 25
60329 Frankfurt/M.
Telefon: 069/2578280
FAX: 069/25782855
E-Mail: LAGSB@aol.com

PRESSEERKLÄRUNG

Freigabe: 8.11.03 sofort

Für aktuelle Rückfragen: 0171/6533372 (Reinhard Thies)

**LAG Soziale Brennpunkte Hessen fordert „Neuen Kontrakt für den Sozialen Frieden gegen soziale Ghettos und für Integration“
Sozialstaatssekretär Gerd Krämer (CDU) und Landtagsabgeordnete treffen auf Unmut und Bürgerproteste auf Aktionstag in Lollar**

Die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen (LAG) in Lollar wurde am heutigen Samstag zu einem hessenweiten BürgerInnenprotest- und Aktionstag. Über 300 BürgerInnen aus benachteiligten Stadtteilen und VertreterInnen sozialer Initiativen aus ganz Hessen zeigten an Infoständen und in einem Forum mit LandespolitikerInnen, wie die Kahlschlagspolitik insbesondere in Sozialen Brennpunkten und Armutsquartieren Projekte zur Unterstützung und Hilfe gefährdet oder zerschlägt und bürgerschaftliches Engagement untergräbt. Der Vorsitzende der LAG, der Frankfurter Caritas-Direktor Hartmut Fritz, übte erneut scharfe Kritik an den Streichungsplänen der CDU-Landesregierung und forderte einen „Neuen Kontrakt für den Sozialen Frieden gegen soziale Ghettos und für Integration von Randgruppen“.

Staatssekretär Gerd Krämer (Hessisches Sozialministerium/CDU) war ebenso wie die Landtagsabgeordneten Illona Dörr (CDU), Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/ Die Grünen) der Einladung der LAG in das Bürgerhaus in Lollar gefolgt. Auf einem Rundgang über die als Projektmesse angelegten Infostände aus über zwanzig hessischen Städten wurde Krämer mit den Auswirkungen der Streichpläne konfrontiert: Fördergelder für Angebote der

Gemeinwesenarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe, der lokalen Beschäftigung, der Beratungs- und Bildungsarbeit sind komplett auf null gesetzt. Nach Berechnungen der LAG, gehen damit fast 6 Mio Euro Landesmittel für Integration, mehr Chancengleichheit und die Verbesserung der Lebensbedingungen in Sozialen Brennpunkten und Soziale-Stadt-Standorten verloren.

Hartmut Fritz forderte die Landtagsabgeordneten auf, diesen Kahlschlag in Sozialen Brennpunkten zurückzunehmen: „Der hessische Landtag und die CDU-Fraktion müssen den verheerenden Kurs der Landesregierung korrigieren! Die Mittel für die präventive Sozialpolitik müssen vielmehr gesichert werden, um erhebliche Folgekosten zu vermeiden. Gerade das ökonomische Argument des vermeintlichen Sparens und entbehrt jeder Grundlage. Die Kommunen und Träger werden den Ausfall der Landesmittel nicht kompensieren – im Gegenteil: der Kahlschlag löst weitere Kürzungen aus, da der Ausfall von Kofinanzierungen durch Bundes- und EU-Mitteln droht. Gerade in Zeiten des drastischen Abbaus sozialer Sicherungssysteme sind Hilfen und Unterstützung für die VerliererInnen notwendiger denn je.“

In einer Resolution der Protestversammlung wird die Missachtung der langjährigen engagierten Arbeit kritisiert, die seither auch in enger Kooperation mit den Landesministerien geleistet wurde.

In der Resolution heißt es weiter:

„Wenn Hessen Familienland sein soll, muss dies auch für arme und benachteiligte Familien gelten!

Wenn Hessen Bildungsland sein soll, dann muss das in besonderem Maße für benachteiligte Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder gelten!

Wenn in Hessen das bürgerschaftliche Engagement gewürdigt und gefördert werden soll, dann muss dies gerade für Bürgerinnen und Bürger aus den Sozialen Brennpunkten gelten.“

Reinhard Thies, Geschäftsführer, Frankfurt/Main, den 8.11.03